

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Informationen zu den
Kriegen in der Ukraine und in Westasien -
sowie zur Militarisierung in Deutschland.

- 1. FR: Trump weicht im TV-Duell Frage zum Ukraine-Krieg aus – Harris geht auf Angriff**
- 2. AFPI: Amerika Erstens, Russland & Ukraine**
- 3. Reuters: Exklusiv: Trump übergab Plan, die US-Militärhilfe für Kiew einzustellen, wenn das Land nicht mit Moskau über Frieden verhandelt**
- 4. ZDF: Bricht die Donbass-Front zusammen? Interview mit Oberst Reisner**
- 5. DW: Warum Scholz "zügiger" Frieden in der Ukraine will**

- 6. NYT: Israelischer Beamter beschreibt geheimen Versuch der Regierung, die Kontrolle über das Westjordanland zu zementieren**

- 7. CNN: Rechtsextremer israelischer Minister legt Plan vor, um zu verhindern, dass das Westjordanland Teil eines palästinensischen Staates wird**

- 8. Ein LAND FÜR ALLE - ZWEI STAATEN - EIN HOMELAND**

- 9. BZ: Rheinmetall soll unser globaler Rüstungschampion werden**

- 10. Welt: Ein Rheinmetall-Deal in Russland und der Verdacht auf Bestechung**

- 11. taz: Grüner über Waffenlieferungen an Ukraine: „Es braucht Friedensgespräche“**

- 12. Grüne-Linke: Deutschland und Europa brauchen eine Alternative, die NATO braucht eine Reform**

Kein Weg in den dritten Weltkrieg!

- 1. FR: Trump weicht im TV-Duell Frage zum Ukraine-Krieg aus – Harris geht auf Angriff**

<https://www.fr.de/politik/tv-duell-us-wahl-harris-trump-ukraine-krieg-putin-sieg-frage-zr-93293807.html>

Trump weicht im TV-Duell Frage zum Ukraine-Krieg aus – Harris geht auf Angriff

Stand: 11.09.2024, 15:10 Uhr

Von: Victoria Krumbek

Auf die Frage des Moderators David Muir, ob sich der republikanische Präsidentschaftskandidat einen Sieg für die Ukraine wünsche, antwortete Trump: „Ich will, dass der Krieg aufhört. Ich will Leben retten.“ (...)

Zudem sagte er, dass er bei einem Wahlsieg noch vor seinem Amtsantritt ein Abkommen aushandeln würde. Die russische Invasion sei ein „Krieg, der darauf brennt, beigelegt zu werden.

Ich werde ihn beilegen, bevor ich überhaupt Präsident werde.“ Auch auf die erneute Frage, ob ein Sieg der Ukraine im besten Interesse der USA sei, antwortete Trump, es liege im Interesse des Landes, „diesen Krieg zu beenden“, wie Politico berichtete.

„Ich werde mit dem einen sprechen, ich werde mit dem anderen sprechen. Ich werde sie zusammenbringen“, sagte Trump und fügte hinzu, der Konflikt „wäre nie passiert“, wenn er Präsident gewesen wäre.

In den letzten Monaten äußerte sich der Ex-Präsident mehrfach über die Beendigung des Krieges in der Ukraine. Dabei sagte er, dass er den Krieg als Präsident innerhalb von 24 Stunden beenden könnte. Berichten zufolge wolle er den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj dazu bringen, Teile der Ukraine an Russland abzugeben.

Harris sagte, dass Wladimir Putin bereits in Kiew säße und „seine Augen auf den Rest Europas richten“ würde, wenn Trump während des russischen Angriffskrieges Präsident gewesen wäre. (...)

Harris sagte, dass Wladimir Putin bereits in Kiew säße und „seine Augen auf den Rest Europas richten“ würde, wenn Trump während des russischen Angriffskrieges Präsident gewesen wäre.

2. AFPI: Amerika Erstens, Russland & Ukraine

Anm. von C.Ronnefeldt:

Der nachfolgende Beitrag wurde bereits im April 2024 von zwei engen Vertrauten von Donald Trump verfasst:

Generalleutnant (Ret.) Keith Kellogg war der nationale Sicherheitsberater von Präsident Donald J. Trump und Vizepräsident Mike Pence. Derzeit ist er Co-Vorsitzender des Center for American Security am America First Policy Institute.

Fred Fleitz war Stabschef des Nationalen Sicherheitsrates in der Trump-Regierung und ehemaliger CIA-Analyst. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Center for American Security am America First Policy Institute.

Der Text lässt Rückschlüsse auf die Ukraine-Politik der US-Regierung zu, sollte Donald Trump die US-Wahl Anfang November 2024 gewinnen - und bietet darüber hinaus Einblicke, wie die Regierung Biden gesehen wird:

<https://americafirstpolicy.com/issues/america-first-russia-ukraine>

Forschungsbericht | [Zentrum für amerikanische Sicherheit](#)

Amerika Erstens, Russland & Ukraine

[Lt. Allgemein \(Ret.\) Keith Kellogg Fred Fleitz](#)

11. April 2024

(...)

Als sich der Krieg in der Ukraine Ende 2022 in eine neue Phase der Pattsituation und Zermürbung verlagerte, fehlte der Biden-Regierung weiterhin eine kohärente Strategie, um der Ukraine zu helfen, den Konflikt zu gewinnen oder zu beenden. Sie lieferte eine größere Anzahl von fortschrittlichen Waffen, aber nicht genug, um den Krieg zugunsten der Ukraine zu verschieben.

Es gab keine US-Strategie, um einen Waffenstillstand oder einen Endzustand für den Konflikt zu erreichen oder mit der Realität fertig zu werden, dass die Ukraine wahrscheinlich einen langfristigen Zermürbungskrieg verlieren würde. Die Biden-Regierung verschmähte auch Versuche, Friedensgespräche zu führen. Präsident Biden dämonisierte stattdessen Putin und nannte ihn oft einen Kriegsverbrecher.

Kurz gesagt, die Biden-Regierung begann Ende 2022 damit, das ukrainische Militär zu nutzen, um einen Stellvertreterkrieg zu führen, um die politischen Ziele der USA zu fördern, das Putin-Regime zu Hause zu schwächen und sein Militär zu zerstören. Es war keine Strategie, sondern eine Hoffnung, die auf Emotionen beruhte. Es war kein Erfolgsplan.

Bidens wiederholte Aussagen, dass er bereit sei, Waffen an die Ukraine zu schicken, „solange es dauert“, ohne eine Strategie für die Ukraine zu liefern, um den Krieg oder einen Plan zur Beendigung des Konflikts zu gewinnen, verkörperten die wahre Absicht seiner Politik, den Konflikt als US-Stellvertreterkrieg gegen Russland zu nutzen.

Biden versuchte während seiner gesamten Amtszeit, den Ansatz „solange es dauert“, zu definieren, indem er behauptete, der Krieg gehe davon aus, einem Tyrannen die Treue zu stellen und die globale Demokratie zu verteidigen und zu fördern. Aber Biden erklärte nie, wie die US-Militärunterstützung der Ukraine seine Ziele erreichen würde. (...)

Die USA haben der Ukraine in etwa den ersten zwei Jahren des Konflikts über 113 Milliarden Dollar beschert. Darüber hinaus genehmigte der Kongress im April 2024 ein Hilfspaket in Höhe der Ukraine in Höhe von 61 Milliarden Dollar, das 52 Milliarden Dollar an Militärhilfe und 9 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe beinhaltet. Nationale Umfragen ergaben, dass die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit inmitten der Pattsituation 2024 mehr Militärhilfe an die Ukraine schickte.

Die riesige Unterstützungssumme erschöpfte die US-Militärbestände, belastete unsere Verteidigungs-Industriebasis und gefährdete Amerikas militärische Bereitschaft.

Zum Beispiel haben die USA seit Beginn des Konflikts über 2.000 Stinger-Flugabwehrraketen in die Ukraine geschickt.

Doch bei der aktuellen Produktionsrate werden die Vereinigten Staaten 13 Jahre brauchen, um diesen Munitionsvorrat zu verfüllen und aufzufüllen.

Die USA haben der Ukraine auch mehr als 2 Millionen 155-mm-Artillerie-Runden geschickt, aber die USA produzieren derzeit nur 14.000 Schuss 155 mm Munition pro Monat.

Das Pentagon hat festgestellt, dass 14.000 Schuss von der ukrainischen Armee innerhalb von 48 Stunden nach direkten Kämpfen zwischen Ukrainern und Russen oft erschöpft sind.

(...)

Bidens Vorliebe, den Ukraine-Konflikt als Stellvertreterkrieg zu nutzen, um Russland zu schaden, anstatt der Ukraine zu helfen, den Krieg zu gewinnen, ist auch der Grund, warum die Vereinigten Staaten nichts getan haben, um einen Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen zu fördern.

In einigen Fällen haben die Vereinigten Staaten und einige ihrer europäischen Verbündeten Versuche blockiert, den Krieg zu pausieren oder zu beenden.

Unter einem America First-Ansatz in den Ukraine-Konflikt, als er zu einer Pattsituation und einem Zermürbungskrieg wurde, war es im besten Interesse der Ukraine, Amerikas und der Welt, einen Waffenstillstand anzustreben und ein Friedensabkommen mit Russland auszuhandeln.

Friedensgespräche und ein Waffenstillstand zur Beendigung des Krieges sind offensichtlich eine komplizierte Angelegenheit. Die ukrainische Regierung ist verständlicherweise gegen jede Einigung gewehrt, die die russische Aggression belohnen und nicht ihr gesamtes Territorium wiederherstellen würde.

Zelenskyy traut Putin nicht zu, sich an ein Friedensabkommen oder einen Waffenstillstand zu halten. Er unterzeichnete im Oktober 2022 ein Dekret, in dem er erklärte, dass die Ukraine sich weigern würde, mit Putin zu verhandeln.

Zelenskyy legte einen 10-Punkte-Friedensplan auf einem G-20-Gipfel im November 2022 vor. Der Plan fordert die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine und eine russische Bestätigung im Einklang mit den Vereinten Nationen. (...)

Der Ansatz der Biden-Regierung in Bezug auf Verhandlungen war ohne

Strategie und Präsidentschaftsführung. Biden und sein Team haben sich konsequent gegen jeden Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen ausgesprochen, das keinen vollständigen russischen Rückzug aus allen ukrainischen Gebieten beinhaltet. Biden-Vertreter haben auch gesagt, dass sie die Ukraine nicht zwingen werden, einem Friedensabkommen zuzustimmen oder sich an Friedensgesprächen zu beteiligen.

Der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson soll Zelenskyy im April 2022 von einem möglichen Waffenstillstandsabkommen abgeraten haben, obwohl der ukrainische Staatschef sich aus dem vorgeschlagenen Abkommen zurückgezogen haben könnte. Russische Beamte behaupteten, die Vereinigten Staaten stecken hinter Johnsons Druck, ein Friedensabkommen zu versenken.

Beamte der Biden-Regierung bestritten dies. Angesichts ihres konsequenten Widerstands gegen einen Waffenstillstand und Friedensgesprächen halten wir es jedoch für möglich, dass Biden-Beamte die ukrainische Regierung davon abgehalten haben, ein damaliges Friedensabkommen mit den Russen zu schließen.

Im November 2022 äußerte sich General Mark Milley, damals Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, in internen Regierungssitzungen mit der Position anderer Biden-Beamter über die Ukraine, die eine Einigung mit Russland aushandeln, Uneinigkeit darüber, dass sie mit Russland verhandelt.

Milley argumentierte Berichten zufolge, dass das ukrainische Militär so viel erreicht habe, wie es damals hoffen könne, und forderte die ukrainischen Beamten auf, ihre Errungenschaften in den Verhandlungen zu zementieren. Die Biden-Regierung nahm Milleys Position nicht an.

Außenminister Antony Blinken sagte im Juni 2023, dass die Vereinigten Staaten einen Waffenstillstand oder Friedensgespräche nicht unterstützen würden, bis Kiew an Stärke gewonnen habe, damit es zu seinen eigenen Bedingungen verhandeln könne. Blinken behauptete auch, dass ein Aufgeben des Drucks aus Russland und China zu Verhandlungen zu einem falschen „Potemkin-Frieden“ führen würde. Dies bleibt die Position der Biden-Regierung.

Anstatt direkte Gespräche zwischen Russland und der Ukraine aufzunehmen, hat Präsident Biden die diplomatischen Kanäle ausgehöhlt, die notwendig sind, um einen ausgehandelten Endstaat zum Krieg zu erreichen. Biden hat Putin wiederholt dämonisiert, indem er ihn als Kriegsverbrecher und einen Diktator bezeichnete und sogar darauf anspielte, einen Regimewechsel in Russland zu unterstützen.

Nach dem tödlichen Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober auf Israel verglich Biden Putin mit der Hamas. Darüber hinaus hat der Präsident seit Beginn des Krieges noch kein einziges Telefonat oder Treffen mit Putin.

Europäische Staaten, insbesondere Frankreich, haben im Allgemeinen eine ähnliche Position wie Bidens Ansatz zur Bewaffnung der Ukraine eingenommen, aber sie waren offen für Friedensgespräche.

Frankreich, Großbritannien und Deutschland schienen im Februar 2023 etwas mit der Biden-Regierung zu brechen, als das Wall Street Journal berichtete, dass diese Länder stärkere Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO fördern wollten, um Friedensgespräche zu fördern, weil sie immer mehr Zweifel haben, dass die Ukraine Russland aus dem ukrainischen Territorium vertreiben könnte und weil die westliche Unterstützung für die Ukraine nicht auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden könnte.

Es gab einen Bruch zwischen dem außenpolitischen Establishment und der Biden-Regierung für die Ukraine im Jahr 2023, als der Präsident des Council on Foreign Relations, Richard Haass, und Professor der Georgetown University, Professor Charles Kupchan, in einem Artikel über Foreign Affairs vom April 2023 argumentierten, dass der Westen eine neue Strategie brauche, um vom Schlachtfeld zum Verhandlungstisch im Ukraine-Krieg zu gelangen, weil „der wahrscheinlichste Ergebnis des Ukraine-Krieges nicht ein Sieg in der Ukraine ist“.

Ihre Empfehlung war, dass die Biden-Regierung die Beendigung des Ukraine-Krieges priorisiert, indem sie auf einen Waffenstillstand und Friedensgespräche drängt.

Haass wiederholte diese Position zum MSNBC-Programm „Morning Joe“, das Berichten zufolge eine Lieblingsshow von Präsident Biden sei, am 21. November 2023, als er sagte, der Krieg sei nicht zu gewinnen und forderte die Ukraine auf, ihre Strategie zu ändern, um die 80 Prozent des Territoriums zu schützen und zu retten, das sie kontrolliert und einen Waffenstillstand mit Russland verfolgt. Der Gastgeber Joe Scarborough stimmte Haass' Einschätzung zu.

Der verstorbene Henry Kissinger hatte eine ähnliche Ansicht in einem Frühjahrsinterview 2023 mit dem Economist, in dem er sagte, es sei wichtig, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Ein Friedensabkommen würde nach Ansicht von Kissinger territoriale Zugeständnisse von beiden Seiten erfordern.

Weil dies zu Instabilität führen würde, die neue Kriege auslösen könnte, forderte er eine Annäherung zwischen Europa und Russland, um Europas Ostgrenze zu

sichern. Kissinger änderte Anfang 2023 auch seine Position, um die NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine zu befürworten.

Es gab einige Berichte Ende 2023, dass sich die Positionen zu Gesprächen zur Beendigung des Krieges verlagerten. Putin signalisierte den europäischen Regierungsvertretern im vergangenen Herbst, dass er für einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Kampflinien offen sei. Politico berichtete im Dezember 2023, dass die Biden-Regierung und europäische Beamte ihre Positionen vom totalen Sieg der Ukraine auf die Verbesserung ihrer Position in eventuellen Friedensgesprächen zur Beendigung des Krieges verlagerten.

Es scheint jedoch, dass die Biden-Regierung diesen Ansatz nicht angenommen hat. Darüber hinaus zeigten weder amerikanische noch ukrainische Beamte Interesse an Putins angeblichen Friedensangebot, und US-Beamte lehnten Berichten zufolge Putins Vorschlag eines Waffenstillstands Mitte Februar 2024 formell.

(...)

Obwohl das 61-Milliarden-Dollar-Hilfepaket, das der Kongress im April 2024 genehmigte, und die Militärhilfe der EU der Ukraine helfen könnten, die aktuellen Schlachtlinien in diesem Jahr aufrechtzuerhalten, wird es dies auf Kosten des Lebens Tausender weiterer ukrainischer Soldaten und Milliarden von Dollar an Militärhilfe tun.

Es gibt wenig Aussicht, dass die Zahlung dieser hohen Kosten es der Ukraine ermöglichen wird, ihr Territorium aus Russland zurückzugewinnen. Angesichts der Probleme der ukrainischen Armee und der Wahrscheinlichkeit, dass die Opposition in den Vereinigten Staaten und Europa große Mengen an Militärhilfe leistet, wird die ukrainische Armee wahrscheinlich im Laufe der Zeit an Boden verlieren.

Einwände gegen die anhaltende logistische Unterstützung der USA für den Ukraine-Krieg sind ebenfalls auf andere Faktoren zurückzuführen. Der Krieg zieht Amerikas Vorrat an fortschrittlichen Waffen, wie HIMARS-Raketen, ab, die in anderen Konflikten benötigt werden könnten, insbesondere wenn China Taiwan einmarschiert. (...)

Was wir nicht weiterhin tun sollten, ist, Waffen in eine Sackgasse zu schicken, die die Ukraine schließlich schwer zu gewinnen finden wird.

Dies sollte mit einer formellen US-Politik beginnen, um den Krieg zu einem Abschluss zu bringen.

Insbesondere würde es eine formelle US-Politik bedeuten, einen Waffenstillstand anzustreben und eine Lösung des Ukraine-Konflikts auszuhandeln. Die Vereinigten Staaten würden weiterhin die Ukraine bewaffnen und ihre Verteidigung verstärken, um sicherzustellen, dass Russland keine weiteren Fortschritte macht und nach einem Waffenstillstand oder Friedensabkommen nicht erneut angreifen wird.

Zukünftige amerikanische Militärhilfe wird jedoch von der Ukraine verlangen, an Friedensgesprächen mit Russland teilzunehmen.

Um Putin davon zu überzeugen, an Friedensgesprächen teilzunehmen, sollten Präsident Biden und andere NATO-Führer anbieten, die NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine für einen längeren Zeitraum im Austausch für ein umfassendes und überprüfbares Friedensabkommen mit Sicherheitsgarantien zu verdrängen.

In ihrem Artikel für Auswärtige Angelegenheiten vom April 2023 schlugen Richard Haass und Charles Kupchan vor, dass Russland im Gegenzug für die Einhaltung eines Waffenstillstands, einer entmilitarisierten Zone und der Teilnahme an Friedensgesprächen eine begrenzte Sanktionserleichterung angeboten werden könnte.

Die Ukraine würde nicht aufgefordert werden, das Ziel der Wiedererlangung ihres gesamten Territoriums aufzugeben, aber sie würde zustimmen, Diplomatie und nicht Gewalt anzuwenden, mit dem Verständnis, dass dies einen zukünftigen diplomatischen Durchbruch erfordern würde, der wahrscheinlich nicht vor dem Ausscheiden Putins aus dem Amt eintreten wird.

Bis dahin würden die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten versprechen, die Sanktionen gegen Russland nur vollständig aufzuheben und die Beziehungen zu normalisieren, nachdem es ein für die Ukraine akzeptables Friedensabkommen unterzeichnet hat. Wir fordern auch, die Abgaben auf russische Energieverkäufe zu erheben, um den ukrainischen Wiederaufbau zu bezahlen.

Indem sie es der Ukraine ermöglicht, aus einer Position der Stärke zu verhandeln und gleichzeitig Russland die Konsequenzen mitzuteilen, wenn sie sich nicht an zukünftige Friedensgesprächsbedingungen halten, könnten die Vereinigten Staaten einen ausgehandelten Endstaat mit Bedingungen mit den US-amerikanischen und ukrainischen Interessen umsetzen.

Ein Teil dieses ausgehandelten Endstaates sollte Bestimmungen

enthalten, in denen wir eine langfristige Sicherheitsarchitektur für die Verteidigung der Ukraine schaffen, die sich auf die bilaterale Sicherheitsverteidigung konzentriert. Einschließlich dies in einem Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine bietet einen Weg zu einem langfristigen Frieden in der Region und ein Mittel, um zukünftige Feindseligkeiten zwischen den beiden Nationen zu verhindern.

(...) Präsident Donald Trump hat auch eine Strategie, um den Krieg zu beenden, den er nicht vollständig aufgedeckt hat. Wir hoffen, dass es im Januar 2025 einen neuen Präsidenten geben wird, um diese American First-Ideen umzusetzen, um diesen verheerenden Konflikt zu beenden.

Die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk werden Schwierigkeiten haben, einen ausgehandelten Frieden zu akzeptieren, der ihnen nicht ihr gesamtes Territorium zurück gibt oder Russland zumindest vorerst für das Gemeben verantwortlich macht, das es der Ukraine zugefügt hat. Auch ihre Anhänger werden es tun. Aber wie Donald Trump 2023 im CNN-Rathaus sagte: „Ich möchte, dass jeder aufhört zu sterben.“ Das ist auch unsere Ansicht. Es ist ein guter erster Schritt. (...)

Autoren-Biografien

Generalleutnant (Ret.) Keith Kellogg war der nationale Sicherheitsberater von Präsident Donald J. Trump und Vizepräsident Mike Pence. Derzeit ist er Co-Vorsitzender des Center for American Security am America First Policy Institute.

Fred Fleitz war Stabschef des Nationalen Sicherheitsrates in der Trump-Regierung und ehemaliger CIA-Analyst. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Center for American Security am America First Policy Institute.

— —

3. Reuters: Exklusiv: Trump übergab Plan, die US-Militärhilfe für Kiew einzustellen, wenn das Land nicht mit Moskau über Frieden verhandelt

<https://www.reuters.com/world/us/trump-reviews-plan-halt-us-military-aid-ukraine-unless-it-negotiates-peace-with-2024-06-25/>

Exklusiv: Trump übergab Plan, die US-Militärhilfe für Kiew einzustellen, wenn das Land nicht mit Moskau über Frieden verhandelt

Von Gram Slattery und Simon Lewis

Juni 25, 2024 18:41 Uhr GMT+2

WASHINGTON, 25. Juni (Reuters) - Zwei wichtige Berater von Donald Trump haben ihm einen Plan zur Beendigung des Russland-Krieges in der Ukraine vorgelegt - wenn er den November gewinnt.

Präsidentenwahlen - das bedeutet, der Ukraine zu sagen, dass sie nur mehr US-Waffen bekommen wird, wenn sie in Friedensgespräche eingeht.

Die Vereinigten Staaten würden Moskau gleichzeitig warnen, dass jede Weigerung zu Verhandlungen zu einer erhöhten US-Unterstützung für die Ukraine führen würde, sagte der pensionierte Generalleutnant Keith Kellogg, einer von Trumps nationalen Sicherheitsberatern, in einem Interview.

Nach dem Plan von Kellogg und Fred Fleitz, die beide während seiner Präsidentschaft 2017-2021 als Stabschefs in Trumps Nationaler Sicherheitsrat dienten, würde es einen Waffenstillstand geben, der auf den vorherrschenden Kampflinien während der Friedensgespräche basiert, sagte Fleitz.

Sie haben ihre Strategie Trump vorgestellt, und der republikanische Präsidentschaftskandidat reagierte positiv, fügte Fleitz hinzu. "Ich behaupte nicht, dass er damit einverstanden war oder mit jedem Wort davon einverstanden war, aber wir waren erfreut, das Feedback zu erhalten, das wir gemacht haben", sagte er. (...)

Die von Kellogg und Fleitz skizzierte Strategie ist der detaillierteste Plan von Mitarbeitern von Trump, der gesagt hat, dass er den Krieg in der Ukraine schnell beilegen könnte, wenn er Präsident Joe Biden im November schlägt. 5 Wahl, obwohl er nicht gesagt hat, wie er das tun würde.

Der Vorschlag würde eine große Veränderung in der US-Position zum Krieg markieren und auf den Widerstand europäischer Verbündete und innerhalb von Trumps eigener Republikanerpartei stoßen.

Der Kreml sagte, dass jeder Friedensplan, der von einer möglichen zukünftigen Trump-Regierung vorgeschlagen wird, die Realität vor Ort widerspiegeln muss, aber dass der russische Präsident Wladimir Putin offen für Gespräche bleibt.

"Der Wert eines jeden Plans liegt in den Nuancen und in der Berücksichtigung des realen Zustands vor Ort", sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber Reuters.

"Präsident Putin hat wiederholt gesagt, dass Russland Verhandlungen offen war und bleibt, unter Berücksichtigung des tatsächlichen Zustands vor Ort", sagte er.

Der ukrainische Präsidentenberater Mykhailo Podolyak sagte am Dienstag, dass das Einfrieren der Feindseligkeiten an den vorherrschenden Frontlinien "seltsam" wäre, da Russland das Völkerrecht verletzt habe, indem es in die Ukraine einmarschiert sei.

"Die Ukraine hat ein absolut klares Verständnis und es wird in der Friedensformel dargelegt, die von Präsident (Volodymyr) Zelenskiy vorgeschlagen wurde, es wird klar gesagt - Frieden kann nur fair sein und Frieden kann nur auf internationalem Recht basieren", sagte er Reuters.

— —

3. ZDF: Bricht die Donbass-Front zusammen? Interview mit Oberst Reisner | ZDFheute live

https://www.youtube.com/watch?v=DQ4jLXKTpgg&ab_channel=ZDFheuteNachrichten

Bricht die Donbass-Front zusammen? Interview mit Oberst Reisner | ZDFheute live

06.09.2024

Im Verteidigungskampf gegen die russischen Truppen hat der ukrainische Entlastungsangriff auf die Region Kursk scheinbar keine Entlastung an anderen Stellen der Front gebracht.

Besonders im Donbass rücken die Russen vor. Ihr Ziel ist die strategisch wichtige Stadt Pokrowsk in der Region Donezk.

Oberst Markus Reisner beantwortet im ZDFheute live-Interview unter anderem Fragen aus der ZDFheute live Community zur Offensive der Ukraine und dem Vorrücken russischer Truppen. (...)

siehe auch:

https://www.youtube.com/watch?v=HiS2dg_atfc&ab_channel=MikhailZygar

3.9.2024

Victoria Nuland on Russia-NATO relations, peace negotiations with Ukraine, and the U.S. elections

5. DW: Warum Scholz "zügiger" Frieden in der Ukraine will

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/warum-scholz-z%C3%BCgiger-frieden-in-der-ukraine-will/ar-AA1qoyO4>

11.9.2024

Warum Scholz "zügiger" Frieden in der Ukraine will

Bundeskanzler Olaf Scholz hält es für an der Zeit, über Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Russland nachzudenken. Die Reaktionen in Berlin sowie in Kiew und Moskau ließen nicht lange auf sich warten.

Im Kanzleramt in Berlin sieht man die Zeit für intensivere

diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine gekommen.

In einem ZDF-Interview sagte Bundeskanzler Olaf Scholz am 8. September: "Ich glaube, das ist jetzt der Moment, in dem man auch darüber diskutieren muss, wie wir aus dieser Kriegssituation doch zügiger zu einem Frieden kommen als das gegenwärtig den Eindruck macht."

Konkrete Vorschläge dazu machte der Sozialdemokrat allerdings nicht. Er sprach sich aber dafür aus, dass am nächsten Friedensgipfel in der Schweiz auch Russland teilnehmen solle. (...)

Der Politikwissenschaftler Alex Yusupov meint, Berlin könne nicht Waffen an die Ukraine liefern und gleichzeitig als neutraler Vermittler in Verhandlungen auftreten.

"Deutschland hat jeglichen Einfluss auf Russland verloren. Der Kreml sieht Berlin nicht als unabhängigen Akteur", so der Experte. Deutschland stehe auf der Seite Kiews, deshalb werde Berlin definitiv kein "Minsk-III" initiieren. (...)

Der Kreml reagierte unterdessen zurückhaltend auf Scholz' Vorschlag, die diplomatischen Bemühungen zu verstärken. Laut Dmitrij Peskow, dem Sprecher des russischen Präsidenten, gibt es derzeit keine Voraussetzungen für den Beginn eines Friedensprozesses zwischen Russland und der Ukraine.

Es fehlten Erklärungen "des Landes, das diesen ganzen Prozess und den kollektiven Westen dirigiert", womit er die USA meinte.

Ukraine erinnert an Friedensformel

Premierminister Denys Schmyhal versicherte vor Journalisten am 10. September, Kiew wolle einen Vertreter Russlands zur Teilnahme am nächsten Friedensgipfel gewinnen, um "Manipulationen seitens der Russischen Föderation zu verhindern und allen Teilnehmern entweder ihre Fähigkeit oder Unfähigkeit zu Friedensverhandlungen zu demonstrieren".

Im Juli hatte Moskau eine Teilnahme mit der Begründung abgelehnt, dass Russland "keine Ultimativen akzeptiere", die der "Formel" des ukrainischen Präsidenten folgen.

— —

6. NYT: Israelischer Beamter beschreibt geheimen Versuch der Regierung, die Kontrolle über das Westjordanland zu zementieren

<https://www.nytimes.com/2024/06/21/world/middleeast/israel-west-bank-netanyahu-bezalel-smotrich.html>

Israelischer Beamter beschreibt geheimen Versuch der Regierung, die Kontrolle über das Westjordanland zu zementieren

Israelische Richter haben seit langem entschieden, dass die israelische Kontrolle über das Gebiet eine vorübergehende militärische Besetzung ist und mit dem Völkerrecht im Einklang steht.

Die jüngste Rede eines einflussreichen Ministers, die auf Tonband aufgezeichnet wurde, deutet darauf hin, dass die Regierung versucht, dies zu ändern. (...)

— —

7. CNN: Rechtsextremer israelischer Minister legt Plan vor, um zu verhindern, dass das Westjordanland Teil eines palästinensischen Staates wird

<https://edition.cnn.com/2024/06/21/middleeast/israel-west-bank-bezalel-smotrich-settlements-intl-latam/index.html>

Rechtsextremer israelischer Minister legt Plan vor, um zu verhindern, dass das Westjordanland Teil eines palästinensischen Staates wird

By Lauren Izso and Tim Lister, CNN

Published 4:54 PM EDT, Fri June 21, 2024

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich hat sich darüber geäußert, wie man verhindern kann, dass das besetzte Westjordanland Teil eines unabhängigen palästinensischen Staates wird, wie aus einem durchgesickerten Audiomitschnitt einer Rede hervorgeht, die er Anfang

des Monats gehalten hat.

Smotrich, ein führendes Mitglied der extremen Rechten im Kabinett von Premierminister Benjamin Netanjahu, sagte, der Weg, einen palästinensischen Staat zu verhindern, der den Staat Israel gefährden würde, sei der Ausbau jüdischer Siedlungen. „Das Ziel ist es, die DNA des Systems für viele, viele Jahre zu verändern“, sagte er vor den Anwesenden.

Die Mitschrift und der Ton der Rede wurden CNN von der israelischen Nichtregierungsorganisation Peace Now zur Verfügung gestellt, die während der Rede einen Vertreter im Saal hatte.

Der Oberste Gerichtshof Israels definiert die israelische Kontrolle über das Westjordanland als vorübergehende militärische Besetzung und nicht als Annexion eines Gebiets unter ziviler Verwaltung.

Smotrich, der selbst in einer Siedlung lebt, hat sich jedoch gegen die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates ausgesprochen. Außerdem befürwortet er seit langem den Ausbau jüdischer Siedlungen, die nach internationalem Recht und von einem Großteil der internationalen Gemeinschaft als illegal angesehen werden.

Smotrichs Büro bestätigte am Freitag, dass die Rede stattgefunden hat. In einer Pressemitteilung Anfang des Monats erklärte sein Büro, Smotrich werde an einer Veranstaltung über jüdische Siedlungen teilnehmen - und das Ziel sei, „einen terroristischen Staat im Herzen des Staates Israel zu verhindern“.

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)

8. Ein LAND FÜR ALLE - ZWEI STAATEN - EIN HOMELAND

https://www.alandforall.org/english/?utm_source=substack&utm_medium=email&d=ltr

Ein LAND FÜR ALLE

ZWEI STAATEN EIN HOMELAND

Schmerz und Chance

Wir erleben einen Moment voller Schmerz, der eine Chance zur Veränderung in sich birgt. Das dürfen wir uns nicht entgehen lassen.

Dies ist der Moment, um unseren Einfluss auszuweiten, damit wir eine politische Lösung rufen, fordern und fördern können, die ein sicheres, gleiches und besseres Leben für alle in einem Land für alle bringt.

Dies ist der Moment, um A Land for All zu unterstützen und sich anzuschließen, Israelis und Palästinenser durchleben derzeit die dunkelsten Zeiten ihrer gemeinsamen Geschichte auf diesem Land.

Doch trotz aller Trauer, Wut und Schmerz bleiben wir, eine Gruppe von Israelis und Palästinensern, unserem gemeinsamen Weg für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder treu. Wir sind ein Land für alle, eine Bewegung von Menschen, die wissen, dass es auch anders geht:

Wir können hier getrennt und zusammen in zwei unabhängigen Staaten leben, die sich eine Heimat teilen. Unsere Vision basiert auf der Erkenntnis, dass beide Menschen zu dieser Heimat gehören, und auf dem Verständnis, dass nur Partnerschaft und persönliche und kollektive Gleichberechtigung ein sichereres und besseres Leben für alle bringen können.

In diesen Tagen, in denen viele Menschen auf beiden Seiten die Illusion kultivieren, dass ein Sieg eine Niederlage für die andere Seite bedeutet, sind unsere Bewegung und unsere Vision wichtiger denn je. Unsere Prinzipien basieren auf den gemeinsamen Interessen beider Nationen.

Kein Nullsummenspiel, sondern eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Dies rührt von unserer Einsicht her, dass nur ein Abkommen, das auf den Interessen und Bedürfnissen beider Nationen basiert, zu einem sicheren Leben führen kann.

Militärische Aktionen, die nicht von einer langfristigen politischen Strategie und dem Streben nach einer politischen Lösung begleitet werden, sind in der Vergangenheit nicht gelungen und werden auch diesmal nicht zu einer Veränderung führen.

Gewalt war, ist nicht und wird niemals der Weg zur Lösung des Konflikts sein. Der Krieg und das Blutvergießen sind nicht unser vorherbestimmtes Schicksal. Wir sind dazu bestimmt, Seite an Seite zu leben, und wir werden nicht zustimmen, für immer durch das Schwert zu leben und zu sterben.

Das Ende langjähriger Konflikte liegt in Bündnissen und Verträgen,

daher müssen wir uns jetzt auf den Weg machen, der uns dorthin führt, um den nächsten Krieg zu verhindern. Wir bieten einen Weg für eine nachhaltige Lösung, die auf der physischen, politischen und emotionalen Realität der beiden Nationen basiert.

Statt Verzweiflung bieten wir Hoffnung an. Anstatt uns gegenseitig zu bekämpfen, bieten wir eine Partnerschaft mit gemeinsamen Interessen und Ambitionen. Wir, Israelis und Palästinenser, Juden und Araber, sind die Kinder dieses Landes. Gemeinsam können wir etwas bewegen. Gemeinsam können wir eine andere Zukunft aufbauen. Gemeinsam können und müssen wir unsere Realität verändern.

9. BZ: Rheinmetall soll unser globaler Rüstungschampion werden

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/rheinmetall-soll-globaler-ruestungschampion-werden-durch-ukraine-krieg-deutsche-vorzeigewaffenschmiede-li.2250600>

Rheinmetall soll unser globaler Rüstungschampion werden

Rheinmetall ist mehrheitlich in ausländischer Hand. Der Ukrainekrieg machte den Konzern zur deutschen Vorzeigewaffenschmiede: durch Riesenaufträge der Bundeswehr – und Verzahnung mit US-Firmen.

Jan Opielka

07.09.2024 05:55 Uhr

Es fällt schwer, in dieser Entwicklung keine Symbolik zu erkennen: Der zweitgrößte deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, der im laufenden Jahr erstmals in seiner Geschichte zehn Milliarden Euro umsetzen will, hatte im Juli dieses Jahres in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Autozulieferer Continental angekündigt, dass bei Continental nicht mehr benötigte Mitarbeiter von Rheinmetall übernommen würden.

Und während bei dem einst als deutsches Vorzeigeunternehmen geltenden Volkswagen-Konzern von Werksschließungen und Massenentlassungen die Rede ist, kündigte der europäische Raketenbauer MBDA an, sein Personal um rund 17 Prozent auf 17.600 Beschäftigte aufzustocken.

MBDA, ein Gemeinschaftsunternehmen der deutsch-französisch-spanischen Airbus SE, BAE Systems (Großbritannien) und Leonardo (Italien), produziert unter anderem den Taurus-Marschflugkörper und wird künftig im bayerischen Schrobenhausen die Lenkflugkörper Patriot herstellen.

Der Boom bei Rüstungsunternehmen macht hierzulande zwar noch keine „Kriegswirtschaft“. Die direkte und indirekte Bruttowertschöpfung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) liegt bei rund einem Prozent der Gesamtbruttowertschöpfung in Deutschland – also ein vergleichsweise geringer Anteil.

Doch es ist eine strategische Branche, auch für die internationale Politik: Die Rüstungsexporte aus Deutschland sind im Jahr 2023 auf das Rekordniveau von 12,2 Milliarden Euro gestiegen, davon gut ein Drittel in die Ukraine.

Deutschland war damit der weltweit fünftgrößte Waffenexporteur, fast gleichauf mit China. 2019 beliefen sich die deutschen Waffenexporte noch auf rund acht Milliarden Euro, 2020 auf 5,8 Milliarden Euro.

Das Gewicht der Branche nimmt also rapide zu, und es soll zunehmen – die Losung brachte Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar beim Spatenstich für ein neues Munitionswerk von Rheinmetall in Unterlüß auf den Punkt: „Wir müssen weg von der Manufaktur, hin zur Großserien-Fertigung von Rüstungsgütern.“

Neue Mitarbeiter, neue Werke

Tatsächlich gehört gerade Rheinmetall, dessen Kerngeschäft neben großkalibriger Munition und Elektronik die militärischen Fahrzeuge sind – etwa die Puma-, Panther und Lynx-Panzer – zu den größten Profiteuren des Krieges in der Ukraine. Aus dem sogenannten Sondervermögen der Bundesregierung von 100 Milliarden Euro will Rheinmetall insgesamt rund 38 Milliarden Euro für neue Aufträge an Land ziehen.

Deshalb und auch wegen sich verschlechternder Jobperspektiven in anderen technischen Branchen hat das Recruiting-Center von Rheinmetall

im Jahr 2023 rund 108.000 Neubewerbungen bearbeitet.

Fünf Jahre zuvor waren es noch 45.000. Etwa 4000 neue Mitarbeiter stellte Rheinmetall im vergangenen Jahr ein und beschäftigt inzwischen an 167 Standorten und Produktionsstätten in 28 Staaten weltweit insgesamt rund 33.700 Menschen. Der Konzern mit Stammsitz in Düsseldorf steht derzeit im Ranking der weltweit größten Rüstungshersteller auf Rang 20. (...)

Einstieg in die Luftwaffenproduktion

Doch die Expansion von Rheinmetall, dessen Rechtsvorgänger massiv an der Rüstung für den Ersten Weltkrieg verdiente, in der Weimarer Republik reaktionäre Kräfte unterstützte und im Zweiten Weltkrieg als Teil der Reichswerke Hermann Göring Zehntausende von Zwangsarbeitern beschäftigte, geht nicht nur in die Menge. Der Konzern steigt auch in den Bereich Luftverteidigung beziehungsweise Luftkrieg ein. So sollen im niederrheinischen Weeze ab Juli 2025 rund 400 neue Beschäftigte Rumpfmittelteile für das Kampfflugzeug F-35 fertigen.

Diese Investition ist Teil des Aufлагengeschäfts („offset compensation“), das importierende Staaten mit exportierenden Unternehmen aushandeln können – in diesem Fall geschah dies mit dem amerikanischen Rüstungsgiganten Lockheed Martin und der United States Air Force (USAF), bei denen die Bundesregierung einige Monate nach Kriegsbeginn in der Ukraine 35 der Kampfflieger F-35A bestellt hatte.

Berlin handelte dabei heraus, dass das Rheinmetall-Werk in Weeze die Rumpfteile nicht nur für die deutschen F-35 bauen kann, sondern auch für andere Länder. Rheinmetall rechnet mit einem Volumen von mindestens 400 Einheiten der hochkomplexen Teile.

Bereits im März 2023 war Rheinmetall in den Dax aufgestiegen und hat seither nochmals deutlich an Gewicht gewonnen: Zwischen Oktober 2021 und August 2024 stieg der Kurs der Rheinmetall-Aktie fast um das Siebenfache, von 77 Euro auf rund 550 Euro.

Das freut vor allem die institutionellen Anleger, die gut zwei Drittel aller Anteile halten. Interessant ist dabei die Eigentümerstruktur des Düsseldorfer Konzerns: Etwa 37 Prozent an Rheinmetall halten Anleger aus Nordamerika, vor allem aus den USA – darunter sind etwa der weltweit größte Vermögensverwalter Blackrock, die Investmentgesellschaft Wellington Management Group oder die Großbank Goldman Sachs.

In Europa, woher 21 Prozent der institutionellen Anleger stammen, zählen die Großbank UBS aus der Schweiz und die französische Geschäftsbank Société Générale zu den größten Anteilseignern.

Steigende Gewinnmargen durch schiere Mengen

Schon diese Auflistung zeigt: Rüstungsaktien sind Wertpapiere wie alle anderen, nur wenige Investmentfonds schließen Unternehmen der Rüstungsindustrie aus ihren Portfolios explizit aus. In Zukunft dürfte dies noch seltener geschehen – weil die Akzeptanz dieser Branche in der Gesellschaft wächst. Und vor allem, weil hier exorbitante Gewinne winken – und Rheinmetall ist vorne dabei.

Zwischen 2020 und 2023 konnte der Konzern die operative Gewinnmarge sukzessive von 8,3 auf 12,8 Prozent steigern, in diesem Zeitraum verdoppelte sich der Gewinn auf 918 Millionen Euro (2023), obwohl der Umsatz nur um rund 30 Prozent stieg.

Der Konzern führt diese Entwicklung auf die „Mengeneffekte“ zurück. Und das erste Halbjahr 2024 brachte einen neuen Rekord: Der Umsatz stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum abermals um 33 Prozent auf den bisherigen Höchstwert von 3,8 Milliarden Euro. (...)

Neuer Kernmarkt USA?

Klar ist: Das Gewicht von Rheinmetall nimmt zu. Der Dax-Konzern hat eine Marktkapitalisierung von rund 23 Milliarden Euro und steht damit zwar unter noch ferner liefen etwa im Vergleich zum mehrheitlich zivilen Großkonzern Siemens (136 Milliarden Euro).

Er wird aber bereits höher bewertet als etwa die Commerzbank (16 Milliarden Euro), der Krankenhaus- und Medizin-Konzern Fresenius (15,2 Milliarden Euro) – und als Volkswagen (20 Milliarden Euro), dessen Aktienwert sich in den letzten drei Jahren halbiert hat. Diese neue Bedeutung von Rheinmetall, wie auch der Rüstungsbranche insgesamt, ist allenthalben sichtbar – zuletzt auch auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin im Juni dieses Jahres, auf der es erstmals einen eigenen „Defence Park“ als Teil des Gesamtkonzepts gab, wo etwa der Marschflugkörper Taurus präsentiert wurde.

Rheinmetall selbst unterzeichnete auf der ILA eine neue

Kooperationsvereinbarung mit Lockheed Martin. Die beiden Konzerne wollen in den Feldern Land-, Luft- und Seestreitkräfte kooperieren, konkret: bei Raketenartillerie und Laserwaffensystemen sowie der Luftverteidigung.

Ein weites Feld. Rheinmetall-Vorstand Papperger sagte bei dem Anlass: „Es ist unser erklärtes Ziel, unseren Kunden aus dieser ambitionierten Partnerschaft heraus mit Spitzentechnologie zu dienen, die das Beste aus beiden Häusern vereinigt. Wir freuen uns, in der bewährten Kooperation mit Lockheed Martin den nächsten Schritt zu gehen.“

Es ist wohl auch ein weiterer Schritt dazu, künftig als deutsches Vorzeigeunternehmen zu gelten – diese Rolle ist für Volkswagen, dessen Mitarbeiter womöglich bald bei Rheinmetall & Co. anheuern müssen, offenbar Vergangenheit.

10. Welt: Ein Rheinmetall-Deal in Russland und der Verdacht auf Bestechung

<https://www.welt.de/wirtschaft/article238311415/Ein-Rheinmetall-Deal-in-Russland-und-der-Verdacht-auf-Bestechung.html>

Ein Rheinmetall-Deal in Russland und der Verdacht auf Bestechung

Von Hans-Martin Tillack

Chefreporter Investigation

Veröffentlicht am 22.04.2022

Um einen 100-Millionen-Auftrag beim russischen Militär zu ergattern, sollen beim Rüstungskonzern Rheinmetall bis 2014 Bestechungsgelder geflossen sein. Dieser bisher unbekannt Fall kommt jetzt durch neue Recherchen ans Licht. Rückblickend klingt der ganze Auftrag surreal.

Armin Papperger, Chef des Rüstungskonzerns Rheinmetall, machte in den vergangenen Wochen eine ganz neue Erfahrung. Statt kritischer Berichte über Rüstungsexporte oder Mängel an Bundeswehrpanzern erntete er ein positives Presseecho.

Sein Unternehmen hatte der Ukraine Helme und ein Feldhospital zum Kauf angeboten und würde gerne gebrauchte Schützenpanzer vom Typ Marder liefern – wenn nur die Bundesregierung ihn ließe. Immer wieder zitierten Zeitungen Papperger hier als Kronzeugen gegen die zögerliche Haltung der Bundesregierung.

Fast geriet so in Vergessenheit, dass der Düsseldorfer Konzern noch vor ein paar Jahren ausgerechnet die Kampfkraft der russischen Armee steigern wollte – mit der Lieferung von Hightech-Ausrüstung für ein Gefechtsübungszentrum (GÜZ) im russischen Mulino, etwa 330 Kilometer östlich von Moskau.

Erst nachdem Präsident Wladimir Putin Anfang 2014 die ukrainische Krim annektiert hatte, untersagte die Bundesregierung Rheinmetall weitere Lieferungen. Jetzt zeigen Recherchen von WELT AM SONNTAG und dem Recherchezentrum Correctiv:

Um den Auftrag zu ergattern, sollen zwei Manager der Bremer Konzerntochter Rheinmetall Defence Electronics sogar Bestechungsgelder in Höhe von 5,38 Millionen Euro gezahlt haben – auf dem Umweg über eine Briefkastenfirma offenbar an Empfänger in Russland.

Der Fall einschließlich der Höhe der mutmaßlichen Bestechungssumme findet sich in anonymisierter Form in Unterlagen zu Ermittlungen bei Auslandskorruption, die die Bundesregierung regelmäßig an die OECD übermittelt.

Diese Organisation reicher Industriestaaten mit Sitz in Paris hatte mit einer Konvention dafür gesorgt, dass 1999 auch in Deutschland Auslandsbestechung strafbar wurde. Die Staatsanwaltschaft Bremen bestätigte, dass es hier um den Rheinmetall-Deal in Russland ging.

Laut der Akten sollen die Zahlungen bis Mai 2014 geflossen sein. Zwei Manager der in Bremen ansässigen Tochter Rheinmetall Defence Electronics wurden im Juli 2019 vor dem Amtsgericht Bremen wegen Untreue angeklagt; ihre Verfahren wurden im April und August 2020 gegen Zahlung von Geldauflagen über je 12.000 Euro eingestellt.

Ermittler konzentrieren sich in Fällen von Auslandskorruption gerne auf eine Anklage wegen Untreue, weil dann nur der Abfluss dubioser Zahlungen aus der Firma in Deutschland belegt werden muss – nicht der komplette weitere Weg der Bestechungssummen zu den Empfängern im Ausland.

Auf Fragen zu den Vorgängen, die WELT AM SONNTAG am Mittwoch übermittelt hatte, hat Rheinmetall bisher nicht geantwortet. Das Unternehmen verwies unter anderem auf „urlaubsbedingte Abwesenheiten in der Osterzeit“.

Erst jüngst hatten WELT, Correctiv und Ippen Investigativ dutzende amtliche deutsche Fallschilderungen von solchen Korruptionsermittlungen ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass Geldauflagen wie hier im Rheinmetall-Fall typische Instrumente der Justiz sind, um Verfahren abzukürzen. Die Beschuldigten gelten dann nicht als vorbestraft.

Trainingsplatz für 30.000 Soldaten pro Jahr

Der Düsseldorfer Konzern hatte den Auftrag im Wert von mehr als 100 Millionen Euro im Jahr 2011 ergattert. Er sah vor, einen Truppenübungsplatz in Mulino mit Übungssiedlungen für die Ausbildung auszustatten. Das Vorbild: die Trainingsstadt Schnöggersburg der Bundeswehr bei Magdeburg.

Dank Laserkampfsimulationssystemen aus Deutschland sollten die russischen Soldaten den scharfen Schuss trainieren können ohne scharfe Munition verwenden zu müssen.

Eine Rheinmetall-Präsentation erwähnte speziell die Übung des Häuserkampfes – sogenannte Military Operations in Urban Terrain (MOUT). 30.000 Angehörige von Putins Militär wollte Rheinmetall so pro Jahr Gefechtsübungen ermöglichen, auch für Panzerabwehrwaffen oder Bordkanonen von Panzern. Das Unternehmen versprach Moskau „die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung“.

Der Auftrag war offenbar wichtig für die Düsseldorfer. Noch 2013 beglückwünschte man sich bei Rheinmetall, dank Mulino eine „wichtige Kundenbeziehung zum russischen Verteidigungsministerium“ etabliert zu haben. Seinerzeit konnte die Firma offenbar bereits auf Folgeaufträge für weitere Truppenübungsplätze in verschiedenen russischen Militärdistrikten hoffen.

Jetzt gebe es die Chance, „in einem der weltweit stärksten Wachstumsmärkte eine signifikante Marktposition zu erobern“, hieß es in einem Geschäftsbericht der Firma.

Rückblickend klingt das surreal. Immerhin war Russland im Jahr 2008 bereits in sein Nachbarland Georgien einmarschiert. Aber bei einem Besuch in Moskau im Jahr 2011 soll nach damaligen Berichten auch der seinerzeitige Verteidigungsminister Thomas de Maizière den Verkauf des GÜZ nach Russland befürwortet haben.

Heute erklärt der CDU-Politiker, er sei bei diesem Export „sehr skeptisch“ gewesen. „Rheinmetall wollte das allerdings sehr stark“, erinnert er sich. Auch bei der Führung des deutschen Heeres habe es Unterstützer gegeben.

2012 genehmigte die Bundesregierung ganz offiziell die Ausfuhr eines mobilen Führungs- und Operationszentrum für sechs Millionen Euro nach Russland – offenbar als erste Tranche des Projekts in Mulino.

Ein Jahr darauf durften neun russische Soldaten drei Monate lang in dem deutschen Übungszentrum in Sachsen-Anhalt den Umgang mit der Technik erproben. Die Bundesregierung strebte mit dieser Ausbildungshilfe nach eigenen Angaben einen „Erfahrungsaustausch und Wertetransfer“ an.

Probelauf für Ukraine-Krieg

Als die Bundesregierung Rheinmetall nach der Krim-Annexion 2014 weitere Lieferungen für das Übungszentrum untersagte, war angeblich erst ein Bruchteil der Technik geliefert worden. Die Russen stellten die Anlagen dann offenbar mit eigenen Mitteln fertig.

Präsident Putin persönlich kam im September 2021 nach Mulino, um gemeinsame Manöver mit Belarus zu verfolgen. Unter dem Namen Zapad 2021 (deutsch: Westen 2021) war das offenkundig so etwas wie der Probelauf für den Überfall auf die Ukraine.

Auffällig ist, dass Rheinmetall bis in die jüngste Zeit die Rüstungsgeschäfte in Russland nicht vollständig beendet zu haben scheint. Ein Joint Venture, das die Düsseldorfer 2012 in Moskau für das GÜZ-Geschäft gegründet hatten, besteht laut dem im März 2022 veröffentlichten jüngsten Geschäftsbericht weiter als Rheinmetall-Tochter. Sie machte im Jahr 2020 sogar noch 35.000 Euro Gewinn.

Die Bestechungsermittlungen in der Sache sind auch deshalb unangenehm für den Rheinmetall-Chef, weil er noch Ende 2014 vollmundige Ankündigungen zur Korruptionsbekämpfung gemacht hatte. Nach Ermittlungen wegen Bestechungszahlungen von Rheinmetall Defence Electronics in Griechenland versprach Papperger Reformen, „damit uns so etwas nicht wieder passiert“.

Doppelt peinlich scheint, dass ausgerechnet die russischen Behörden das Verfahren im Jahr 2016 ins Laufen gebracht und die deutschen Behörden informiert hatten – auch wenn das möglicherweise mehr mit internen Abrechnungen in der Moskauer Machtelite zu tun hatte.

Denn als russischer Verteidigungsminister für den Auftrag an Rheinmetall verantwortlich war Anatoli Serdjukow. Der frühere Möbelverkäufer war mit der Tochter eines engen Putin-Freunds verheiratet.

Ende 2012 verlor er jedoch im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen gegen seine damals 33 Jahre alte Geliebte seinen Posten. Ihr wurde Unterschlagung bei der Militärbeschaffungsagentur Oboronservis vorgeworfen. Genau diese Stelle war der Partner von Rheinmetall bei dem russischen Rüstungsgeschäft.

Die Unterlagen für die OECD zeigen nun nach Recherchen von WELT AM SONNTAG und Correctiv, dass bereits 2015 ein weiterer Korruptionsfall bei der Bremer Rheinmetall-Tochter aufgefliegen war. Ein Vertriebsmanager hatte beim Verkauf von Simulatoren an die philippinische Handelsmarineakademie offenbar mit Bestechungszahlungen nachgeholfen.

2019 klagte ihn die Staatsanwaltschaft an; auch er kam mit einer Geldauflage von vergleichsweise bescheidenen 6000 Euro davon. Rheinmetall musste hier immerhin drei Millionen Euro der erzielten Gewinne an die Staatskasse abführen.

siehe dazu auch:

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/riesiger-protest-gegen-rheinmetall-in-dortmund-warum-man-den-bvb-fans-dankbar-sein-sollte-li.2248235>

Riesiger Protest gegen Rheinmetall in Dortmund - warum man den BVB-Fans dankbar sein sollte

11. taz: Grüner über Waffenlieferungen an Ukraine: „Es braucht Friedensgespräche“

<https://taz.de/Gruener-ueber-Waffenlieferungen-an-Ukraine/!6032423/>

Grüner über Waffenlieferungen an Ukraine: „Es braucht Friedensgespräche“

Winfried Hermann ist Verkehrsminister in Baden-Württemberg, die Waffenlieferungen an die Ukraine sieht er kritisch. Damit ist er bei den Grünen ziemlich allein.

taz: Herr Hermann, seit Beginn des Ukrainekriegs haben Sie immer wieder kritische Anmerkungen zur Militarisierung der Politik gemacht. Jetzt haben Sie einen überparteilichen Aufruf gestartet. Sind Sie der letzte Pazifist in Ihrer Partei?

Winfried Hermann: Das glaube ich nicht. Seit Beginn des Ukrainekriegs wurde ich immer wieder von Grünen-nahen Friedensbewegten angesprochen, warum sich kein Grüner von Rang und Namen zur Eskalationsgefahr von Waffenlieferungen äußert oder wenigstens darüber diskutiert.

Von Leuten, die konservativer sind, habe ich sehr positive Rückmeldungen bekommen. Sie teilten meine Sorge vor Eskalation. Aus meiner Partei habe ich dagegen nach meiner ersten Wortmeldung in der Zeitung Kontext ziemlich Gegenwind bekommen. (...)

Was wäre dann jetzt zu tun?

Hermann: Es braucht neutrale Moderatoren, Verhandlerinnen oder Verhandler, die einen Waffenstillstand beziehungsweise Bedingungen dazu vorschlagen, ohne damit Russlands Geländegewinne anzuerkennen. Die derzeitige Kriegsgrenze und ein Waffenstillstand müssten mit einem UNO-Blauhelm-Mandat gesichert werden.

taz: Da müsste Russland zustimmen.

Hermann: Ja, aber auch die Ukraine und USA. Es braucht Initiativen zu

Verhandlungen.

taz: Um den Krieg abzukürzen, würde Ihr Parteifreund Anton Hofreiter gerne möglichst viele Waffen liefern, damit die Ukraine gewinnt.

Hermann: Immer mehr Waffen haben bisher nicht zum Erfolg, sondern zur Aufrüstung der anderen Seite und zu mehr Gewalt geführt. Es besteht das Risiko einer atomaren Eskalation. Es braucht Friedensgespräche! Aus meiner Sicht könnten die UNO und die Brics-Staaten vermitteln. Deutschland ist dafür nicht geeignet.

taz: Kritisieren Sie, dass wir auf der Seite der Ukraine stehen?

Hermann: Nein, aber zur Vermittlung braucht es neutrale Akteure.

— —

siehe auch:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/die-gruenen-hermann-baden-wuerttemberg-ukraine-pazifismus-friedensinitiative-lux.62fxj8VsaNrLZosXQCWUDp>

Baden-Württemberg:

Der Grüne, der den Pazifismus nicht aufgeben will

5. September 2024, 11:41 Uhr

(...)

Seit Beginn des Ukraine-Krieges gebe es eine „Remilitarisierung Deutschlands“, sagt Hermann in seinem Büro, und dass er dabei nicht tatenlos zusehen wolle.

Mit Mitstreitern hat Hermann deshalb eine Initiative gegründet, „Aufbruch zum Frieden“, mit dem Ziel, eine öffentliche Debatte über politische Lösungen für den Ukraine-Krieg anzustoßen. Sie ist überparteilich, aber für die grüne Parteiführung in Berlin natürlich die maximale Provokation.

— —

12. Grüne-Linke: Deutschland und Europa brauchen eine Alternative, die NATO braucht eine Reform

Kein Weg in den dritten Weltkrieg!

<https://gruene-linke.de/2024/07/20/nein-zu-dieser-nato/>

20.7.2024

(Autorenpapier)

Deutschland und Europa brauchen eine Alternative, die NATO braucht eine Reform

Kein Weg in den dritten Weltkrieg!

Die neuesten Entwicklungen auf der NATO-Tagung vom 9. bis 11. Juli 2024 (USA-Aufrüstungsentscheidung mit Mittelstreckenraketen, Hyperschallraketen, F16-Lieferungen, NATO-Aufnahmezusage an die Ukraine) erfordern umgehend eine klare und eindeutige Stellungnahme.

Die Stationierung von Mittelstreckenraketen, insbesondere von neu entwickelten Hyperschallraketen, in Deutschland verkürzt die ohnehin bereits minimalisierte Vorwarnzeit weiter erheblich und erhöht so das Risiko einer Eskalation und eines Atomwaffeneinsatzes ins nicht mehr Beherrschbare.

Die Erstschlag-fähigen Tomahawk-Raketen können mit Atomsprengköpfen ausgerüstet werden und wurden bis 2013 von der US Navy dafür genutzt. Eine atomare Nachrüstung wäre daher – wenn die Entscheidung für die Mittelstreckenaufrüstung gefallen ist – jederzeit möglich.

Derzeitige Lage

Der Krieg, den Russland in der Ukraine – laut Jens Stoltenbergs Information an das EU-Parlament im September 2023 – gegen die Nato-Orientierung des Landes führt, gefährdet schon alleine durch die 15 Atomreaktoren im Land die Sicherheit großer Regionen Europas.

Russland hat bereits in Kaliningrad Hyperschallraketen stationiert. Zum von Russland laut Merkur vom 20.08.2019 angebotenen Moratorium über diese Systeme nach der Aufkündigung des INF-Vertrages schweigen die USA. Russland greift Ziele in der Ukraine mit Hyperschallraketen an.

Auch droht Russland – in Reaktion auf westliche Stationierungsbeschlüsse und Waffen-Unterstützung auch gegen russisches Territorium –, Raketen auf westliche Hauptstädte auszurichten.

Dass die Ukraine nun – offenbar mit Billigung, wenn nicht mit Unterstützung der NATO – mit gezielten Angriffen zwei Frühwarnsysteme der Russen für atomare Angriffe ausgeschaltet hat, ist „das Dümme, was die Ukraine tun kann“.

Diese Systeme dienen dazu, einen interkontinental-strategischen Angriff auf Russland zu erkennen und notwendige Maßnahmen einzuleiten. Was hätte passieren können, wenn alle Frühwarnsysteme ausgeschaltet worden wären?

Wir stellen fest:

Die NATO ist in ihrer aktuellen Form und Ausrichtung auf einem hochproblematischen Weg (Vernachlässigung von Diplomatie mit Verhandlungsoptionen zugunsten militärischer Aufrüstung, Gefahr eines Wahlsiegs von Trump, Zur-Kennntnisnahme, dass die USA auch unter Biden keinen Atomkrieg für die Ukraine oder andere europäische Staaten eingehen wird, Uneinigkeit in Europa, ...)

Die Europäer in der NATO können den drohenden potentiellen Ausfall/Ausstieg der USA nicht ersetzen.

Eine EU-Atomkraft ist nicht in Sicht und wird nicht kommen, u.a. weil Frankreich seine Vormacht nicht aufgeben und gleichzeitig nicht im Ernstfall für „andere“ einen Atomkrieg führen wird. Sie würde in jedem Fall einen weiteren Schritt in die Richtung eines nuklearen Infernos bedeuten.

Eine atomare Aufrüstung der EU oder eines anderen europäischen Bündnisses auf das für nötig erklärte Niveau, um gegen Russland standhalten zu können, ist außerdem weder finanzierbar noch technisch innerhalb weniger Jahre machbar. Die Finanzen werden in der Daseinsvorsorge inklusive der Ökologie dringendst benötigt.

Weitere Eskalationen vergrößern ständig die Kriegsgefahr für die beteiligten Länder, auch für Deutschland. Die angedrohte Nachrüstung kann allein für sich bereits zum Kriegsfall führen.

Die NATO ist aktuell erkennbar das Hindernis für Friedensverhandlungen und für eine Deeskalation des Krieges. Die jetzt feste Zusage zur Aufnahme an die Ukraine („Diese Elemente bilden ... die Brücke zu ihrer künftigen NATO-Mitgliedschaft.“) verschärft das weiterhin.

Die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland verkürzt die Vorwarnzeit erheblich und erhöht das Risiko einer Eskalation und eines Atomwaffeneinsatzes.

Folgen

Der eingeschlagene Weg kann früher oder später zum Krieg mit Russland führen, und der wird nach allen vorliegenden Erkenntnissen zum atomar ausgetragenen 3. Weltkrieg werden. Und in diesem Krieg wird Deutschland einer der Haupt-Kriegsschauplätze sein.

Welchen Sinn hat eine Abschreckung, wenn die verteidigende Seite nicht willens ist, im Ernstfall auch diese Waffen dafür einzusetzen? In diesem Fall würde von Europa vermutlich wenig übrigbleiben. Es bleibt also nur die Alternative, aus dieser in den Untergang führenden Spirale auszusteigen! JETZT! Solange es noch möglich ist!

Der Aufruf

Unterstützt/unterstützen Sie die Forderungen gegen die nukleare Aufrüstung und gegen die Stationierung von Hyperschallraketen in Ost und West auf [Change.org](https://www.change.org). Wir bitten um Unterzeichnung und Weiterverbreitung dieses aufgrund der wachsenden Bedrohung immer aktueller werdenden Aufrufs auf:

<https://www.change.org/p/gegen-die-atomare-bedrohung>

Wir brauchen eine Alternative zur NATO oder eine Weiterentwicklung der NATO zu einem reinen Verteidigungsbündnis mit den Schwerpunkten auf soziale Verteidigung, Deeskalation und Konfliktvermeidungsstrategien statt auf weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Wir fordern von allen Beteiligten, endlich ernsthafte Verhandlungen ohne eigene Maximalziele vorzunehmen, um das Töten und die Zerstörung in der Ukraine zu beenden. Hierauf sollten sich die NATO und die beteiligten Staaten im Interesse ihrer Bevölkerungen konzentrieren.

Wir erinnern an die Beschlusslage der Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen, die hier im Wort steht: „Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten. Sie muss dabei in einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit agieren – vorrangig unter Federführung der Vereinten Nationen (VN).“

Und, so steht es in unserem Bundestagswahlprogramm 2021, S. 249:

„Neuer Schub für Abrüstung: ... Eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent lehnen wir ab.“

Karl-W. Koch, Prof. Dr. Klaus Moegling, Bernhard Trautvetter, Kathrin Weber, Anna K. Boertz, Klemens Griesehop, Simon Lissner, Thomas Krings, Manuel Mühlbauer (PhD), Christian Bleek

—

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des

Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt